

Amtsblatt

der Europäischen Union

C 90



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

54. Jahrgang
22. März 2011

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
II <i>Mitteilungen</i>		
MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION		
Europäische Kommission		
2011/C 90/01	Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 107 und 108 des AEU-Vertrags — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden ⁽¹⁾	1
IV <i>Informationen</i>		
INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION		
Rat		
2011/C 90/02	Mitteilung an die Personen, für die restriktive Maßnahmen nach dem Beschluss 2010/638/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss 2011/169/GASP, und nach der Verordnung (EU) Nr. 1284/2009 des Rates, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 269/2011, über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea gelten	2
2011/C 90/03	Mitteilung an die Personen, für die restriktive Maßnahmen nach dem Beschluss 2011/172/GASP des Rates und nach der Verordnung (EU) Nr. 270/2011 des Rates über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Ägypten gelten	3

DE

Preis:
3 EUR

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

(Fortsetzung umseitig)

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt (Fortsetzung)	Seite
2011/C 90/04	Mitteilung für die Personen, auf die Maßnahmen nach dem Beschluss 2010/639/GASP des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 des Rates Anwendung finden	4
2011/C 90/05	Mitteilung für die Personen und Organisationen, auf die Maßnahmen nach dem Beschluss 2011/137/GASP des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen Anwendung finden	5
Europäische Kommission		
2011/C 90/06	Euro-Wechselkurs	6
INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN		
2011/C 90/07	Maßnahme der Französischen Republik, mit der Einzelunternehmen oder Zusammenschlüsse, die keinem anerkannten Branchenverband im Tabaksektor angeschlossen sind, zur Zahlung eines Beitrags verpflichtet werden	7
2011/C 90/08	Maßnahme der Französischen Republik, mit der Einzelunternehmen oder Zusammenschlüsse, die keinem anerkannten Branchenverband im Tabaksektor angeschlossen sind, zur Zahlung eines Beitrags verpflichtet werden	9

V *Bekanntmachungen*

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Europäische Kommission

2011/C 90/09	Staatliche Beihilfe — Griechenland — Staatliche Beihilfe C 36/10 (ex NN 3/10 und ex CP 11/09) — Staatliche Beihilfe an Getreide erzeugende Landwirte und Getreidegenossenschaften ⁽¹⁾	11
2011/C 90/10	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.6106 — Caterpillar/MWM) ⁽¹⁾	17



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

II

(Mitteilungen)

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Genehmigung staatlicher Beihilfen gemäß den Artikeln 107 und 108 des AEU-Vertrags**Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2011/C 90/01)

Datum der Annahme der Entscheidung	9.2.2011
Referenz-Nummer der staatlichen Beihilfe	NN 24/09 (ex N 234/09)
Mitgliedstaat	Deutschland
Region	Sachsen-Anhalt
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Texplast GmbH
Rechtsgrundlage	Investitionszulagengesetz 1999, Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
Art der Beihilfe	Einzelbeihilfe
Ziel	Regionale Entwicklung
Form der Beihilfe	Zuschuss, Steuerfreibetrag
Haushaltsmittel	Gesamtbetrag der vorgesehenen Beihilfe 1,0107 Mio. EUR
Beihilfehöchstintensität	50 %
Laufzeit	1.10.2003-31.12.2006
Wirtschaftssektoren	Verarbeitendes Gewerbe
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Investitionsbank Sachsen-Anhalt Domplatz 12 39104 Magdeburg Finanzamt Bitterfeld-Wolfen DEUTSCHLAND
Sonstige Angaben	—

Den von vertraulichen Angaben bereinigten Text der Entscheidung in der(den) verbindlichen Sprache(n) finden Sie unter der Adresse:

http://ec.europa.eu/community_law/state_aids/state_aids_texts_de.htm

IV

*(Informationen)*INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN
STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

RAT

Mitteilung an die Personen, für die restriktive Maßnahmen nach dem Beschluss 2010/638/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss 2011/169/GASP, und nach der Verordnung (EU) Nr. 1284/2009 des Rates, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 269/2011, über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea gelten

(2011/C 90/02)

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Den im Anhang des Beschlusses 2011/169/GASP des Rates ⁽¹⁾ und im Anhang der Verordnung (EU) Nr. 269/2011 des Rates ⁽²⁾ über restriktive Maßnahmen gegen die Republik Guinea aufgeführten Personen wird Folgendes mitgeteilt:

Der Rat der Europäischen Union hat beschlossen, dass die in den genannten Anhängen aufgeführten Personen in die Liste der Personen aufgenommen werden sollten, die den im Beschluss 2010/638/GASP des Rates ⁽³⁾ und in der Verordnung (EU) Nr. 1284/2009 des Rates ⁽⁴⁾ festgelegten restriktiven Maßnahmen unterliegen.

Die betroffenen Personen werden darauf hingewiesen, dass sie bei den zuständigen Behörden des bzw. der betreffenden Mitgliedstaaten (siehe Websites in Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 1284/2009 des Rates) beantragen können, dass ihnen die Verwendung der eingefrorenen Gelder zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse oder für bestimmte Zahlungen genehmigt wird (vgl. Artikel 8 der Verordnung).

Die betroffenen Personen können beim Rat (siehe nachstehende Anschrift) unter Vorlage von entsprechenden Nachweisen beantragen, dass der Beschluss, sie in die genannte Liste aufzunehmen, überprüft wird.

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
TEFS Coordination
Rue de la Loi/Wetstraat 175
1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Die betroffenen Personen werden ferner darauf aufmerksam gemacht, dass sie den Beschluss des Rates unter den in Artikel 275 Absatz 2 und Artikel 263 Absätze 4 und 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Voraussetzungen vor dem Gericht der Europäischen Union anfechten können.

⁽¹⁾ ABl. L 76 vom 22.3.2011, S. 59.

⁽²⁾ ABl. L 76 vom 22.3.2011, S. 1.

⁽³⁾ ABl. L 280 vom 26.10.2010, S. 10.

⁽⁴⁾ ABl. L 346 vom 23.12.2009, S. 26.

Mitteilung an die Personen, für die restriktive Maßnahmen nach dem Beschluss 2011/172/GASP des Rates und nach der Verordnung (EU) Nr. 270/2011 des Rates über restriktive Maßnahmen gegen bestimmte Personen, Organisationen und Einrichtungen angesichts der Lage in Ägypten gelten

(2011/C 90/03)

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Den im Anhang des Beschlusses 2011/172/GASP des Rates ⁽¹⁾ und im Anhang der Verordnung (EU) Nr. 270/2011 des Rates ⁽²⁾ über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Ägypten aufgeführten Personen, Organisationen und Einrichtungen wird Folgendes mitgeteilt:

Der Rat der Europäischen Union hat entschieden, dass die in den vorgenannten Anhängen aufgeführten Personen, Organisationen und Einrichtungen in das Verzeichnis der Personen aufgenommen werden sollen, die den in dem Beschluss 2011/172/CFSP des Rates und in der Verordnung (EU) Nr. 270/2011 des Rates festgelegten restriktiven Maßnahmen unterliegen sollen.

Die betroffenen Personen, Organisationen und Einrichtungen werden darauf hingewiesen, dass sie bei den zuständigen Behörden des bzw. der betreffenden Mitgliedstaaten (siehe Websites in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 270/2011 des Rates) beantragen können, dass ihnen die Verwendung der eingefrorenen Gelder zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse oder für bestimmte Zahlungen genehmigt wird (vgl. Artikel 4 der Verordnung).

Die betroffenen Personen, Organisationen und Einrichtungen können beim Rat unter Vorlage von entsprechenden Nachweisen beantragen, dass der Beschluss, sie in die genannten Listen aufzunehmen, überprüft wird. Entsprechende Anträge sind an folgende Anschrift zu richten:

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
TEFS Coordination
Rue de la Loi/Wetstraat 175
1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Die betroffenen Personen, Organisationen und Einrichtungen werden ferner darauf aufmerksam gemacht, dass sie den Beschluss des Rates unter den in Artikel 275 Absatz 2 und Artikel 263 Absätze 4 und 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Voraussetzungen vor dem Gericht der Europäischen Union anfechten können.

⁽¹⁾ ABl. L 76 vom 22.3.2011, S. 63.

⁽²⁾ ABl. L 76 vom 22.3.2011, S. 4.

Mitteilung für die Personen, auf die Maßnahmen nach dem Beschluss 2010/639/GASP des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 des Rates Anwendung finden

(2011/C 90/04)

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Den in den Anhängen I bis V des Beschlusses 2010/639/GASP des Rates ⁽¹⁾, geändert durch den Beschluss 2011/69/GASP des Rates ⁽²⁾, und in den Anhängen I und II der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 84/2011 des Rates ⁽³⁾ zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 des Rates ⁽⁴⁾ aufgeführten Personen wird Folgendes mitgeteilt:

Der Rat der Europäischen Union hat beschlossen, dass die in den genannten Anhängen aufgeführten Personen in die Liste der Personen aufgenommen werden sollten, gegen die restriktive Maßnahmen gemäß dem Beschluss 2010/639/GASP des Rates, geändert durch den Beschluss 2011/69/GASP des Rates, und der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 84/2011 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 765/2006 verhängt werden.

Die betroffenen Personen werden darauf hingewiesen, dass sie bei den zuständigen Behörden des bzw. der betreffenden Mitgliedstaaten (siehe Websites in Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 84/2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 765/2006) beantragen können, dass ihnen die Verwendung der eingefrorenen Gelder zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse oder für bestimmte Zahlungen genehmigt wird (vgl. Artikel 3 der Verordnung (EU) Nr. 84/2011 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 765/2006).

Die betroffenen Personen können beim Rat (siehe nachstehende Anschrift) unter Vorlage von entsprechenden Nachweisen beantragen, dass der Beschluss, sie in die genannte Liste aufzunehmen, überprüft wird.

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
TEFS Coordination
Rue de la Loi/Wetstraat 175
1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Die betroffenen Personen werden ferner darauf aufmerksam gemacht, dass sie den Beschluss des Rates vor dem Gericht der Europäischen Union unter den Voraussetzungen anfechten können, die in Artikel 275 Absatz 2 und Artikel 263 Absätze 4 und 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannt sind.

⁽¹⁾ ABl. L 280 vom 26.10.2010, S. 18.

⁽²⁾ ABl. L 28 vom 2.2.2011, S. 40.

⁽³⁾ ABl. L 28 vom 2.2.2011, S. 17.

⁽⁴⁾ ABl. L 134 vom 20.5.2006, S. 1.

Mitteilung für die Personen und Organisationen, auf die Maßnahmen nach dem Beschluss 2011/137/GASP des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen Anwendung finden

(2011/C 90/05)

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

Den in den Anhängen des Durchführungsbeschlusses 2011/175/GASP des Rates ⁽¹⁾ zur Durchführung des Beschlusses 2011/137/GASP des Rates und im Anhang der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 272/2011 des Rates ⁽²⁾ zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen aufgeführten Personen und Organisationen wird Folgendes mitgeteilt:

Der Rat der Europäischen Union hat beschlossen, dass die in den genannten Anhängen aufgeführten Personen und Organisationen in die Liste der Personen und Organisationen aufzunehmen sind, auf die die restriktiven Maßnahmen nach dem Beschluss 2011/137/GASP des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 204/2011 Anwendung finden.

Die betroffenen Personen und Organisationen werden darauf hingewiesen, dass sie bei den zuständigen Behörden der betreffenden Mitgliedstaaten (siehe Websites in Anhang IV der Verordnung (EU) Nr. 204/2011) beantragen können, dass ihnen die Verwendung eingefrorener Gelder zur Deckung ihrer Grundbedürfnisse oder für bestimmte Zahlungen genehmigt wird (vgl. Artikel 7 der Verordnung).

Die betroffenen Personen und Organisationen können beim Rat unter Vorlage von entsprechenden Nachweisen beantragen, dass der Beschluss, sie in die genannte Liste aufzunehmen, überprüft wird; entsprechende Anträge sind an folgende Anschrift zu richten:

Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat
TEFS Coordination
Rue de la Loi/Wetstraat 175
1048 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Die betroffenen Personen und Organisationen werden ferner darauf aufmerksam gemacht, dass sie den Beschluss des Rates unter den in Artikel 275 Absatz 2 und Artikel 263 Absätze 4 und 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union genannten Voraussetzungen vor dem Gericht der Europäischen Union anfechten können.

⁽¹⁾ ABl. L 76 vom 22.3.2011, S. 95.

⁽²⁾ ABl. L 76 vom 22.3.2011, S. 32.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

21. März 2011

(2011/C 90/06)

1 Euro =

Währung		Kurs	Währung		Kurs
USD	US-Dollar	1,4194	AUD	Australischer Dollar	1,4114
JPY	Japanischer Yen	115,04	CAD	Kanadischer Dollar	1,3860
DKK	Dänische Krone	7,4571	HKD	Hongkong-Dollar	11,0688
GBP	Pfund Sterling	0,87170	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,9286
SEK	Schwedische Krone	8,9006	SGD	Singapur-Dollar	1,7971
CHF	Schweizer Franken	1,2836	KRW	Südkoreanischer Won	1 592,29
ISK	Isländische Krone		ZAR	Südafrikanischer Rand	9,8733
NOK	Norwegische Krone	7,8795	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	9,3184
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	HRK	Kroatische Kuna	7,3770
CZK	Tschechische Krone	24,473	IDR	Indonesische Rupiah	12 387,10
HUF	Ungarischer Forint	271,15	MYR	Malaysischer Ringgit	4,3048
LTL	Litauischer Litas	3,4528	PHP	Philippinischer Peso	61,816
LVL	Lettischer Lat	0,7089	RUB	Russischer Rubel	40,1405
PLN	Polnischer Zloty	4,0436	THB	Thailändischer Baht	42,979
RON	Rumänischer Leu	4,1610	BRL	Brasilianischer Real	2,3592
TRY	Türkische Lira	2,2398	MXN	Mexikanischer Peso	17,0186
			INR	Indische Rupie	63,8870

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

INFORMATIONEN DER MITGLIEDSTAATEN

Maßnahme der Französischen Republik, mit der Einzelunternehmen oder Zusammenschlüsse, die keinem anerkannten Branchenverband im Tabaksektor angeschlossen sind, zur Zahlung eines Beitrags verpflichtet werden

(2011/C 90/07)

Diese Veröffentlichung entspricht Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 709/2008 der Kommission vom 24. Juli 2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Branchenverbände und -vereinbarungen im Tabaksektor (ABl. L 197 vom 25.7.2008, S. 23)

„26 octobre 2010

JOURNAL OFFICIEL DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

Texte 47 sur 112

Décrets, arrêtés, circulaires

CONVENTIONS COLLECTIVES

MINISTÈRE DE L'ALIMENTATION, DE L'AGRICULTURE ET DE LA PÊCHE

Arrêté du 21 octobre 2010 portant extension d'un avenant interprofessionnel conclu dans le cadre de l'Association nationale interprofessionnelle et technique du tabac (ANITTA)

NOR: *AGRT1024210A*

La ministre de l'économie, de l'industrie et de l'emploi et le ministre de l'alimentation, de l'agriculture et de la pêche,

Vu le règlement (CE) n° 1234/2007 du Conseil du 22 octobre 2007 portant organisation commune des marchés dans le secteur agricole et dispositions spécifiques en ce qui concerne certains produits de ce secteur, notamment l'article 178;

Vu le règlement (CE) n° 709/2008 de la Commission du 24 juillet 2008 portant modalités d'application du règlement précité en ce qui concerne les organisations et accords interprofessionnels dans le secteur du tabac, notamment les articles 8 et 9;

Vu le code rural et de la pêche maritime, notamment les articles L. 632-3, L. 632-4 et L. 632-6 du livre VI relatifs à l'extension des accords des organisations interprofessionnelles agricoles;

Vu l'arrêté du 17 mars 2006 relatif à la reconnaissance en qualité d'organisation interprofessionnelle de l'Association nationale interprofessionnelle et technique du tabac;

Vu l'accord du 11 janvier 2010 conclu par les organisations professionnelles membres de l'Association nationale interprofessionnelle et technique du tabac;

Vu l'avenant à l'accord précité du 11 janvier 2010 conclu par les organisations professionnelles membres de l'Association nationale interprofessionnelle et technique du tabac,

Arrêtent:

Art. 1^{er}. — Les dispositions de l'avenant à l'accord interprofessionnel susvisé, relatif au montant de la cotisation, conclu dans le cadre de l'Association nationale interprofessionnelle et technique du tabac (ANITTA) sont étendues pour l'année 2010 à tous les membres des professions constituant cette organisation interprofessionnelle.

Art. 2. — Conformément à l'article 9, paragraphe 2, du règlement (CE) n° 709/2008 susvisé, la mesure de l'article 1^{er} prend effet deux mois après la date de publication au *Journal officiel de l'Union européenne*, série C.

Art. 3. — Le directeur général des politiques agricole, agroalimentaire et des territoires et la directrice générale de la concurrence, de la consommation et de la répression des fraudes sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté, qui sera publié au *Journal officiel de la République française*.

Fait à Paris, le 21 octobre 2010.

*Le ministre de l'alimentation,
de l'agriculture et de la pêche,
Pour le ministre et par délégation:
Par empêchement du directeur général,
des politiques agricole, agroalimentaire
et des territoires:
L'ingénieur en chef des ponts,
des eaux et des forêts,
J. TURENNE*

*La ministre de l'économie,
de l'industrie et de l'emploi,
Pour la ministre et par délégation:
Par empêchement de la directrice générale
de la concurrence, de la consommation
et de la répression des fraudes:
La directrice adjointe,
M.-C. BUCHE*

Nota — Le texte peut être consulté:

- au siège de l'Association nationale interprofessionnelle et technique du tabac (ANITTA), domaine de la Tour, 769 route de Sainte-Alvère, 24100 Bergerac
- à la direction générale des politiques agricole, agroalimentaire et des territoires (bureau des fruits et légumes, de l'horticulture et des cultures spécialisées), 3 rue Barbet-de-Jouy, 75349 Paris 07 SP.“

Maßnahme der Französischen Republik, mit der Einzelunternehmen oder Zusammenschlüsse, die keinem anerkannten Branchenverband im Tabaksektor angeschlossen sind, zur Zahlung eines Beitrags verpflichtet werden

(2011/C 90/08)

Diese Veröffentlichung entspricht Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 709/2008 der Kommission vom 24. Juli 2008 mit Durchführungsvorschriften zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates hinsichtlich der Branchenverbände und -vereinbarungen im Tabaksektor (ABl. L 197 vom 25.7.2008, S. 23)

„26 octobre 2010

JOURNAL OFFICIEL DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

Texte 48 sur 112

Décrets, arrêtés, circulaires

CONVENTIONS COLLECTIVES

MINISTÈRE DE L'ALIMENTATION, DE L'AGRICULTURE ET DE LA PÊCHE

Arrêté du 21 octobre 2010 portant extension d'un avenant interprofessionnel conclu dans le cadre de l'Association nationale interprofessionnelle et technique du tabac (ANITTA)

NOR: AGRT1024227A

La ministre de l'économie, de l'industrie et de l'emploi et le ministre de l'alimentation, de l'agriculture et de la pêche,

Vu la directive 98/34/CE du Parlement européen et du Conseil du 22 juin 1998 prévoyant une procédure d'information dans le domaine des normes et réglementations techniques et des règles relatives aux services de la société de l'information, notamment la notification 2010/0327/F;

Vu le règlement (CE) n° 1234/2007 du Conseil du 22 octobre 2007 portant organisation commune des marchés dans le secteur agricole et dispositions spécifiques en ce qui concerne certains produits de ce secteur, notamment l'article 178;

Vu le règlement (CE) n° 709/2008 de la Commission du 24 juillet 2008 portant modalités d'application du règlement précité en ce qui concerne les organisations et accords interprofessionnels dans le secteur du tabac, notamment l'article 8;

Vu le code rural et de la pêche maritime, notamment les articles L. 632-3 et L. 632-4 du livre VI relatifs à l'extension des accords des organisations interprofessionnelles agricoles;

Vu l'arrêté du 17 mars 2006 relatif à la reconnaissance en qualité d'organisation interprofessionnelle de l'Association nationale interprofessionnelle et technique du tabac;

Vu l'accord du 11 janvier 2010 conclu par les organisations professionnelles membres de l'Association nationale interprofessionnelle et technique du tabac;

Vu l'absence d'avis de la Commission;

Vu l'absence d'observation des milieux socio-économiques intéressés consultés par avis du 26 mars 2010 publié au *Journal officiel de la République française*,

Arrêtent:

Art. 1^{er}. — Les dispositions de l'accord interprofessionnel du 11 janvier 2010 conclu dans le cadre de l'Association nationale interprofessionnelle et technique du tabac (ANITTA), figurant en annexe (1) du présent arrêté, sont étendues jusqu'au 31 décembre 2012 à tous les membres des professions constituant cette organisation interprofessionnelle.

Art. 2. — Le directeur général des politiques agricole, agroalimentaire et des territoires et la directrice générale de la concurrence, de la consommation et de la répression des fraudes sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté, qui sera publié au *Journal officiel de la République française*.

Fait à Paris, le 21 octobre 2010.

*Le ministre de l'alimentation,
de l'agriculture et de la pêche,
Pour le ministre et par délégation:
Par empêchement du directeur général,
des politiques agricole, agroalimentaire
et des territoires:
L'ingénieur en chef des ponts,
des eaux et des forêts,
J. TURENNE*

*La ministre de l'économie,
de l'industrie et de l'emploi,
Pour la ministre et par délégation:
Par empêchement de la directrice générale
de la concurrence, de la consommation
et de la répression des fraudes:
La directrice adjointe,
M.-C. BUCHE*

Nota — Le texte peut être consulté:

- au siège de l'Association nationale interprofessionnelle et technique du tabac (ANITTA), domaine de la Tour, 769 route de Sainte-Alvère, 24100 Bergerac;
 - à la direction générale des politiques agricole, agroalimentaire et des territoires (bureau des fruits et légumes, de l'horticulture et des cultures spécialisées), 3 rue Barbet-de-Jouy, 75349 Paris 07 SP.“
-

V

*(Bekanntmachungen)*VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER
WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

STAATLICHE BEIHILFE — GRIECHENLAND

Staatliche Beihilfe C 36/10 (ex NN 3/10 und ex CP 11/09)

Staatliche Beihilfe an Getreide erzeugende Landwirte und Getreidegenossenschaften

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2011/C 90/09)

Mit Schreiben vom 14. Dezember 2010, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Griechenland ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorgenannten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 AEUV einzuleiten.

Die Beteiligten sind aufgefordert, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des zugehörigen Schreibens ihre Stellungnahme zu der Maßnahme, die Gegenstand des von der Kommission eröffneten Verfahrens ist, an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Landwirtschaft
Direktion M2
Gebäude/Büro L130 5/138
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Fax +32 22967672

Diese Stellungnahmen werden Griechenland übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

I. VERFAHREN

Aufgrund einer am 8. Januar 2009 eingereichten Klage hat die Kommission beschlossen, ein Prüfverfahren in Bezug auf angeblich gewährte staatliche Beihilfen an Getreide erzeugende Landwirte und Getreidegenossenschaften einzuleiten.

Am 26. Januar 2010 wurde der Fall unter der NN 3/10 in das Register der nicht angemeldeten Beihilfen eingetragen. Am 10. März 2010 erließ die Kommission (nach Artikel 10 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999) eine Entscheidung mit der von den griechischen Behörden verlangt wird, die von der Kommission geforderten Informationen bereitzustellen.

II. BESCHREIBUNG

Die Beihilfe erfolgt in Form eines zinsfreien und durch eine staatliche Bürgschaft gedeckten Darlehens in Höhe von

150 Mio. EUR zugunsten von Vereinigungen landwirtschaftlicher Genossenschaften im Getreidesektor. Nach Angaben der griechischen Behörden wurde der Zuschuss beantragt, um das Einkommen der Landwirte angesichts der Überproduktion von Getreide und der 2008 rückläufigen Getreidepreise zu stützen.

Zu diesem Zweck wurde in den letzten Monaten des Jahres 2008 eine Reihe von Ministerialbeschlüssen verabschiedet (insbesondere Beschluss Nr. 2/88675/0025 vom 9. Dezember 2008 und Beschluss Nr. 56700/B.3033 vom 8. Dezember 2008), womit die fraglichen Beihilferegeln in Kraft traten.

III. BEWERTUNG

Die erste Untersuchung der Kommission hat ergeben, dass sowohl in Bezug auf die Zinsvergütung als auch auf die staatliche Bürgschaft alle Bedingungen des Artikels 107 Absatz 1 auf den ersten Blick erfüllt zu sein scheinen.

Zudem haben die griechischen Behörden keine weiteren Argumente vorgebracht, die zeigen, dass die gepriüfte Beihilfe mit dem Binnenmarkt vereinbar ist, und es gibt offensichtlich keine EU-Rechtsvorschrift, die die Vereinbarkeit der betreffenden Maßnahmen vorsieht.

Nach Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates können alle rechtswidrigen Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden. Außerdem können Ausgaben für einzelstaatliche Maßnahmen, die sich direkt auf Gemeinschaftsregelungen auswirken, von der Finanzierung durch den EAGFL-Haushalt ausgeschlossen werden.

SCHREIBEN

„Η Επιτροπή επιθυμεί να ενημερώσει την Ελλάδα ότι, αφού εξέτασε τις πληροφορίες που παρασχέθηκαν από της αρχές της χώρας σας σχετικά με το προαναφερόμενο μέτρο, αποφάσισε να κινήσει τη διαδικασία που προβλέπεται στο άρθρο 108 παράγραφος 2 της συνθήκης για τη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης (ΣΛΕΕ) ⁽¹⁾.

I. ΔΙΑΔΙΚΑΣΙΑ

- (1) Στις 18 Νοεμβρίου 2008, η Επιτροπή έλαβε, με ηλεκτρονικό μήνυμα, πληροφοριακά στοιχεία σχετικά με ενίσχυση την οποία το Ελληνικό Δημόσιο φέρεται να χορηγεί σε γεωργικές εκμεταλλεύσεις παραγωγής δημητριακών και Ενώσεις Αγροτικών Συνεταιρισμών που συγκεντρώνουν δημητριακά. Η καταγεγλυθείσα ενίσχυση είχε τη μορφή άτοκων δανείων. Με επιστολή της 21ης Νοεμβρίου 2008, η Επιτροπή ζήτησε από τις ελληνικές αρχές να υποβάλουν πληροφορίες σχετικά με την εν λόγω ενίσχυση.
- (2) Με επιστολή της 24ης Νοεμβρίου 2008, η Επιτροπή ζήτησε από τον καταγγέλλοντα να της υποβάλει πλήρες έντυπο καταγγελίας. Στις 8 Ιανουαρίου 2009, η Επιτροπή έλαβε το έντυπο αυτό.
- (3) Μετά την παραλαβή του εντύπου καταγγελίας και δεδομένου ότι δεν είχε διαβιβάσει από τις ελληνικές αρχές καμία απάντηση στην επιστολή της 21ης Νοεμβρίου 2008, οι υπηρεσίες της Επιτροπής απηύθυναν, στις 23 Ιανουαρίου 2009, δεύτερη επιστολή στις ελληνικές αρχές, ζητώντας πληροφορίες αναφορικά με το εν λόγω μέτρο. Η Επιτροπή, μη λαμβάνοντας απάντηση εντός της ταχθείσας στην εν λόγω επιστολή προθεσμίας, απηύθυνε στις ελληνικές αρχές σχετική υπόμνηση, στις 24 Μαρτίου 2009.
- (4) Στις 14 Μαΐου 2009, οι ελληνικές αρχές απέστειλαν στην Επιτροπή επιστολή, η οποία περιείχε λιγοστές μόνον πληροφορίες όσον αφορά την καταγγελλόμενη ενίσχυση. Μετά από την επιστολή αυτή, η Επιτροπή απηύθυνε στις ελληνικές αρχές, στις 11 Ιουνίου 2009, δεύτερο αίτημα αποστολής πληροφοριών, με λεπτομερέστερες ερωτήσεις σχετικά με την εικάζόμενη κρατική ενίσχυση.
- (5) Στις 20 Ιουλίου 2009, οι ελληνικές αρχές ζήτησαν παράταση της προθεσμίας υποβολής των σχετικών πληροφοριών, μέχρι τις 30 Αυγούστου 2009. Με επιστολή της 23ης Ιουλίου 2009, η Επιτροπή ενέκρινε την παράταση της προθεσμίας.

⁽¹⁾ Με ισχύ από την 1η Δεκεμβρίου 2009, τα άρθρα 87 και 88 της συνθήκης ΕΚ έχουν καταστεί άρθρα 107 και 108, αντίστοιχα, της ΣΛΕΕ. Οι εν λόγω δύο δέσμες διατάξεων είναι, κατ' ουσία, ταυτόσημες. Για τους σκοπούς της παρούσας απόφασης οι παραπομπές στα άρθρα 107 και 108 της ΣΛΕΕ θα πρέπει να θεωρούνται ως παραπομπές στα άρθρα 87 και 88 αντίστοιχα της συνθήκης ΕΚ, κατά περίπτωση.

Με ηλεκτρονικό μήνυμα της 1ης Σεπτεμβρίου 2009, οι ελληνικές αρχές ζήτησαν δεύτερη παράταση της εν λόγω προθεσμίας κατά έναν επιπλέον μήνα. Με επιστολή της 14ης Σεπτεμβρίου, η Επιτροπή παραχώρησε δεύτερη παράταση της προθεσμίας μέχρι τις 30 Σεπτεμβρίου 2009.

- (6) Μην έχοντας λάβει απάντηση επί διάστημα άνω των δύο μηνών μετά την παρέλευση της ταχθείσας προθεσμίας, η Επιτροπή απηύθυνε στις ελληνικές αρχές υπόμνηση την 1η Δεκεμβρίου 2009, παραχωρώντας πρόσθετη προθεσμία ενός ακόμη μηνός, εντός της οποίας θα έπρεπε να διαβιβαστούν οι πληροφορίες. Στην υπόμνησή της αυτή, η Επιτροπή επέστησε την προσοχή των ελληνικών αρχών στο γεγονός ότι σε περίπτωση μη συμμόρφωσής τους με την οριζθείσα καταληκτική ημερομηνία αποστολής απάντησης, οι υπηρεσίες της θα μπορούσαν να προτείνουν στην Επιτροπή να απευθύνει διαταγή παροχής πληροφοριών σύμφωνα με το άρθρο 10 παράγραφος 3 του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 659/1999 ⁽²⁾. Επιπλέον, από τις 26 Ιανουαρίου 2010, η υπόθεση καταχωρίστηκε στο μητρώο των μη κοινοποιηθεισών ενισχύσεων, με τον αριθμό NN 3/10.
- (7) Η οριζθείσα από την Επιτροπή καταληκτική ημερομηνία παρήλθε χωρίς οι ελληνικές αρχές να έχουν υποβάλει πληροφοριακά στοιχεία. Για τον λόγο αυτό, στις 10 Μαρτίου 2010, η Επιτροπή εξέδωσε απόφαση σύμφωνα με το άρθρο 10 παράγραφος 3 του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 659/1999 ζητώντας από τις ελληνικές αρχές να παράσχουν τις σχετικές πληροφορίες.
- (8) Οι ελληνικές αρχές απάντησαν στις 19 Μαρτίου 2010. Στην απάντησή τους, οι ελληνικές αρχές ισχυρίστηκαν ότι απάντησαν στην επιστολή της Επιτροπής της 1ης Δεκεμβρίου 2009 με την επιστολή της 9ης Φεβρουαρίου 2010. Με επιστολή της 17ης Μαΐου 2010, η Επιτροπή ζήτησε να απαντηθούν ορισμένα επιπλέον ερωτήματα. Ζήτησε επίσης από τις ελληνικές αρχές να παράσχουν απόδειξη της αποστολής της επιστολής τους που ισχυρίζονται ότι διαβίβασαν στην Επιτροπή στις 9 Φεβρουαρίου 2010. Στο μεταξύ διάστημα, η Επιτροπή έλαβε συμπληρωματικές πληροφορίες από τον καταγγέλλοντα σχετικά με την εν λόγω ενίσχυση. Συνεπώς, απηύθυνε μια επιπλέον επιστολή στις ελληνικές αρχές στις 18 Ιουνίου 2010, δίνοντας στις ελληνικές αρχές τη δυνατότητα να σχολιάσουν τις νέες πληροφορίες. Οι ελληνικές αρχές απάντησαν στην επιστολή της 17ης Μαΐου 2010, χωρίς να διαβιβάσουν απόδειξη της αποστολής της επιστολής τους, της 9ης Φεβρουαρίου 2010. Στις 30 Σεπτεμβρίου 2010, οι ελληνικές αρχές απάντησαν επίσης στην επιστολή της Επιτροπής της 18ης Ιουνίου 2010.

II. ΚΑΤΑΓΓΕΛΙΑ

- (9) Στις 18 Νοεμβρίου 2008, η Επιτροπή έλαβε, με ηλεκτρονικό μήνυμα, πληροφοριακά στοιχεία σχετικά με ενίσχυση την οποία το Ελληνικό Δημόσιο φέρεται να χορηγεί σε γεωργικές εκμεταλλεύσεις παραγωγής δημητριακών και Ενώσεις Αγροτικών Συνεταιρισμών. Η Επιτροπή ζήτησε από τον καταγγέλλοντα να της υποβάλει πλήρες έντυπο καταγγελίας, το οποίο διαβιβάστηκε στην Επιτροπή στις 8 Ιανουαρίου 2009. Σύμφωνα με την καταγγελία αυτή, η ενίσχυση είχε τη μορφή άτοκων δανείων ύψους 150 εκατ. ευρώ που χορηγήθηκαν σε Ενώσεις Αγροτικών Συνεταιρισμών στον τομέα των δημητριακών.

⁽²⁾ ΕΕ L 83 της 27.3.1999, σ. 1.

III. ΙΣΤΟΡΙΚΟ

- (10) Σύμφωνα με τις πληροφορίες που διαβίβασαν οι ελληνικές αρχές, κατά τη διάρκεια του έτους 2008, οι έλληνες γεωργοί έσπειραν επιπλέον 60 χιλιάδες εκτάρια (600 χιλιάδες στρέμματα) αραβόσιτου σε σύγκριση με το προηγούμενο έτος. Αυτό είχε ως αποτέλεσμα σημαντική υπερπαραγωγή αραβόσιτου και, κατά συνέπεια, πτώση των τιμών. Το ίδιο συνέβη και με το σιτάρι. Λόγω αυτού του γεγονότος και της οικονομικής κρίσης, η ελληνική κυβέρνηση αποφάσισε να ενισχύσει τους έλληνες παραγωγούς.
- (11) Σύμφωνα με τις ελληνικές αρχές, η ενίσχυση χορηγήθηκε στις οργανώσεις παραγωγών, δηλαδή στις Ενώσεις Αγροτικών Συνεταιρισμών (ΕΑΣ). Οι ΕΑΣ δεν είχαν τα απαραίτητα κεφάλαια για να ενισχύσουν το εισόδημα των γεωργών, ούτε πρόσβαση στις χρηματογαργές για να λάβουν δάνεια, λόγω της οικονομικής κρίσης. Οι ελληνικές αρχές υποστήριξαν επίσης ότι εάν, κατά τον χειμώνα του 2008, οι συνεταιρισμοί είχαν πουλήσει τις ποσότητες δημητριακών τις οποίες είχαν συγκεντρώσει οι ίδιοι, οι τιμές θα είχαν σημειώσει σημαντική πτώση και οι παραγωγοί θα είχαν σημαντικές απώλειες. Συνεπώς, προκειμένου να αποφευχθεί η πτώση των τιμών των δημητριακών και να διασφαλιστεί ένα ελάχιστο εισόδημα για τους γεωργούς, η Ελληνική Κυβέρνηση αποφάσισε να χορηγήσει στις ΕΑΣ και έμμεσα στους γεωργούς (οι οποίοι είχαν παραδώσει την παραγωγή τους στους συνεταιρισμούς) ενίσχυση υπό μορφή δανείου με την εγγύηση του Δημοσίου και με επιδότηση του σχετικού επιτοκίου. Σύμφωνα με τις ελληνικές αρχές, τα δάνεια χορηγήθηκαν στις ΕΑΣ προκειμένου να διατεθούν στους παραγωγούς για αγορασθείσες ή παραληφθείσες από τις ΕΑΣ ποσότητες δημητριακών κατά το έτος 2008.

IV. ΛΕΠΤΟΜΕΡΗΣ ΠΕΡΙΓΡΑΦΗ ΤΟΥ ΜΕΤΡΟΥ

- (12) Οι ελληνικές αρχές εξέδωσαν μια σειρά αποφάσεων για τη χορήγηση των εν λόγω ενισχύσεων. Η απόφαση αριθ. 2/88675/0025 που εκδόθηκε από το ελληνικό Υπουργείο Οικονομίας και Οικονομικών στις 9 Δεκεμβρίου 2008 προβλέπει τα ακόλουθα:

Άρθρο 1. Παρέχεται η εγγύηση του Ελληνικού Δημοσίου, σε ποσοστό 100 %, στα δάνεια που θα χορηγηθούν από τα Πιστωτικά Ιδρύματα στις Ενώσεις Αγροτικών Συνεταιρισμών (ΕΑΣ) και στους Πρωτοβάθμιους Αγροτικούς Συνεταιρισμούς της χώρας, προκειμένου να διατεθούν στους παραγωγούς, για αγορασθείσες ή παραληφθείσες ποσότητες δημητριακών το έτος 2008, σύμφωνα με τα οριζόμενα στις διατάξεις του Ν 2322/95. Τα δάνεια που έχουν χορηγηθεί από τα Πιστωτικά Ιδρύματα εντός του έτους 2008 στις ΕΑΣ και στους Πρωτοβάθμιους Αγροτικούς Συνεταιρισμούς για την αγορά δημητριακών, υπάγονται στις ρυθμίσεις της παρούσας από την ημέρα χορήγησής τους. Το συνολικό ποσό των ήδη χορηγηθέντων και χορηγούμενων δανείων δεν θα υπερβαίνει τα 150 εκατομμύρια ευρώ. [...]

Άρθρο 3. [...] Σε περίπτωση μη καταβολής του ποσού του ανεξόφλητου δανείου κατά την ημερομηνία λήξης αυτού, το ποσό αυτό καθίσταται ληξιπρόθεσμο και απαιτητό. Οι Τράπεζες, προκειμένου να εξοφληθούν από το Δημόσιο οι εγγυημένες απαιτήσεις τους, θα πρέπει, εντός τριμήνου από τη λήξη του δανείου, να υποβάλλουν τα δικαιολογητικά που ορίζονται στην αριθ. 2/478/0025/4.1.2006 (ΦΕΚ Β' 16/13.1.2006) απόφαση του Υπουργού Οικονομίας και Οικονομικών.

- (13) Η απόφαση αριθ. 56700/Β.3033 που εκδόθηκε από το ελληνικό Υπουργείο Οικονομίας και Οικονομικών στις 8 Δεκεμβρίου 2008 προβλέπει τα ακόλουθα:

Άρθρο 1. Εγκρίνεται επιδότηση επιτοκίου στα δάνεια που έχουν χορηγηθεί κατά το έτος 2008 ή θα χορηγηθούν εντός του ίδιου έτους, από τα Πιστωτικά Ιδρύματα στις Ενώσεις Αγροτικών Συνεταιρισμών και στους Πρωτοβάθμιους Αγροτικούς Συνεταιρισμούς της χώρας, προκειμένου να διατεθούν στους παραγωγούς, για αγορασθείσες ή παραληφθείσες ποσότητες δημητριακών το 2008. Τα ανωτέρω δάνεια θα επιδοτούνται από την ημερομηνία χορήγησής τους.

[...] Άρθρο 3. Τα ανωτέρω δάνεια θα έχουν διάρκεια από την ημερομηνία χορήγησής τους μέχρι την ημερομηνία εξόφλησής τους η οποία δεν μπορεί να είναι πέραν της 30ής Σεπτεμβρίου 2009.

- (14) Με την απόφαση 46825/Β.2248 της 29ης Σεπτεμβρίου 2009 του Υπουργείου Οικονομίας και Οικονομικών παρατάθηκε η ημερομηνία εξόφλησης έως τις 30 Σεπτεμβρίου 2010.
- (15) Η απόφαση αριθ. 8264 της 9ης Δεκεμβρίου 2008 του Υπουργείου Αγροτικής Ανάπτυξης και Τροφίμων προβλέπει την κατανομή του ποσού των 150 εκατ. ευρώ σε 57 Ενώσεις Αγροτικών Συνεταιρισμών. Γίνεται επίσης αναφορά στην απόφαση, της 12ης Νοεμβρίου 2008, της Κυβερνητικής Επιτροπής (που υπεγράφη από τον Έλληνα Πρωθυπουργό), για τη χορήγηση δανείων ύψους 150 εκατ. ευρώ στις Ενώσεις Αγροτικών Συνεταιρισμών και στα μέλη τους.
- (16) Σύμφωνα με την επιστολή των ελληνικών αρχών που διαβίβαστηκε στις 19 Μαρτίου 2010, όλα τα σχετικά δάνεια (εκτός από ένα) χορηγήθηκαν από την Αγροτική Τράπεζα της Ελλάδας (ΑΤΕ). Οι ελληνικές αρχές πρόσδεσαν ότι η παροχή επιδότησης επιτοκίου και εγγύησης του Δημοσίου στον τομέα των δημητριακών ήταν αναγκαίο μέτρο προκειμένου να αποφευχθεί η πτώση των τιμών κατά το 2008, που προκλήθηκε από την υπερπαραγωγή δημητριακών στη χώρα. Οι ελληνικές αρχές στην επιστολή αυτή διατύπωσαν την άποψη ότι η μικρή πιστωτική διευκόλυνση που χορηγεί το Δημόσιο δεν μπορεί να θεωρηθεί κρατική ενίσχυση διότι δεν νοθεύει ή απειλεί να νοθεύσει τον ανταγωνισμό ούτε επηρεάζει το εμπόριο μεταξύ των κρατών μελών. Οι ελληνικές αρχές πρόσδεσαν ότι το όφελος για τον κάθε παραγωγό από το μέτρο είναι ελάχιστο.
- (17) Σύμφωνα με το άρθρο 1 της δανειακής σύμβασης μεταξύ της Αγροτικής Τράπεζας της Ελλάδας και των ΕΑΣ ("δανειακή σύμβαση"), το δάνειο χορηγείται από την Τράπεζα με σκοπό να χρησιμοποιηθεί από τον Πιστούχο για την αγορά ή την παραλαβή δημητριακών παραγωγής του έτους 2008.
- (18) Όσον αφορά τους όρους χορήγησης του δανείου, οι ελληνικές αρχές αναφέρουν ότι το σχετικό επιτόκιο ήταν ίσο προς αυτό των έντοκων γραμματίων του Ελληνικού Δημοσίου δωδεκάμηνης διάρκειας (που εκδόθηκαν πριν την ημερομηνία εντοκισμού του δανείου), προσαυξημένο κατά 30 %. Ισχυρίστηκαν επίσης ότι στη δανειακή σύμβαση μεταξύ της ΑΤΕ και των ΕΑΣ υπάρχει ένας όρος που αποδεικνύει ότι δεν υπάρχει θέμα κρατικής ενίσχυσης. Στον όρο αυτό αναφέρεται ότι: "Ο οφειλέτης αναλαμβάνει την υποχρέωση, πριν την εκταμίευση του δανείου, να υπογράψει με το Ελληνικό Δημόσιο, που θα εκπροσωπείται προς τούτο από την Τράπεζα, Σύμβαση Ενέχυρου επί των προϊόντων, υποπροϊόντων παραγωγών και λοιπών κινητών που θα προμηθευτεί με αυτό το δάνειο και σε όλα τα εμπορεύματα και είδη γενικά που βρίσκονται στην κυριότητα του ή την διαχείρισή του, σύμφωνα με τις διατάξεις του Ν 2844/00." Δηλαδή, το ενέχυρο παρέχεται από τις ΕΑΣ στο Δημόσιο (που εκπροσωπείται από την Αγροτική Τράπεζα), για τα προϊόντα που αγόρασαν οι ΕΑΣ, χρησιμοποιώντας το δάνειο.

V. ΑΞΙΟΛΟΓΗΣΗ ΤΟΥ ΜΕΤΡΟΥ

V.1. Ύπαρξη ενίσχυσης κατά την έννοια τού άρθρου 107 παράγραφος 1 της ΣΛΕΕ

(19) Σύμφωνα με το άρθρο 107 παράγραφος 1 της ΣΛΕΕ, ενισχύσεις που χορηγούνται υπό οποιαδήποτε μορφή από τα κράτη ή με κρατικούς πόρους και που νοθεύουν ή απειλούν να νοθεύσουν τον ανταγωνισμό δια της ευνοϊκής μεταχειρίσεως ορισμένων επιχειρήσεων ή ορισμένων κλάδων παραγωγής είναι ασυμβίβαστες με την κοινή αγορά, κατά το μέτρο που επηρεάζουν τις μεταξύ κρατών μελών συναλλαγές.

(20) Πριν αξιολογηθεί εάν το σχετικό μέτρο πληροί τους όρους του άρθρου 107 παράγραφος 1 της ΣΛΕΕ, η Επιτροπή θα ήθελε να τονίσει ότι δύο πτυχές του μέτρου πρέπει να εξεταστούν με βάση τη διάταξη αυτή: i) η επιδότηση επιτοκίου και ii) η εγγύηση του Δημοσίου.

V.1.1. Επιδότηση επιτοκίου

(21) Η επιδότηση επιτοκίου που χορηγήθηκε από το Ελληνικό Δημόσιο στους συνεταιρισμούς σύμφωνα με την απόφαση αριθ. 56700/B.3033, πληροί όλους τους όρους του άρθρου 107 παράγραφος 1 της ΣΛΕΕ. Η επιδότηση χορηγείται από το Ελληνικό Δημόσιο και παρέχει σαφές πλεονέκτημα, δεδομένου ότι στην πραγματικότητα το δάνειο είναι άτοκο. Οι άμεσοι δικαιούχοι της ενίσχυσης είναι οι συνεταιρισμοί. Ωστόσο, λαμβάνοντας υπόψη ότι στόχος του Δημοσίου με τη χορήγηση των δανείων ήταν η αύξηση του εισοδήματος των ελλήνων γεωργών με την τεχνητή αύξηση της τιμής πώλησης των δημητριακών από τους παραγωγούς στους συνεταιρισμούς, οι γεωργοί (παραγωγοί) είναι οι έμμεσοι δικαιούχοι της ενίσχυσης. Τέλος, ο όρος της επιλεκτικότητας πληρούται επίσης, εφόσον οι δικαιούχοι της ενίσχυσης είναι μόνο οι συνεταιρισμοί αυτοί και, τελικά, οι γεωργοί που αγόρασαν ή παρήγαγαν δημητριακά στην Ελλάδα το 2008.

(22) Όσον αφορά τον όρο της μη στρέβλωσης του ανταγωνισμού, σύμφωνα με τη νομολογία του Δικαστηρίου, το γεγονός και μόνο ότι ενισχύεται η ανταγωνιστική θέση μιας επιχείρησης σε σύγκριση με άλλες ανταγωνιστικές επιχειρήσεις, παρέχοντάς της οικονομικό πλεονέκτημα το οποίο δεν θα μπορούσε να λάβει υπό κανονικές συνθήκες επιχειρηματικής δραστηριότητας ενδέχεται να στρεβλώσει τον ανταγωνισμό⁽¹⁾. Η ενίσχυση προς επιχείρηση φαίνεται να επηρεάζει το εμπόριο μεταξύ των κρατών μελών σε περιπτώσεις που η εν λόγω επιχείρηση δραστηριοποιείται σε αγορά ανοικτή στο ενδοκοινοτικό εμπόριο⁽²⁾. Επιπλέον, σύμφωνα με τη νομολογία του Δικαστηρίου, δεν υπάρχει κατώτατο όριο ή ποσοστό κάτω από το οποίο μπορεί να θεωρηθεί ότι δεν επηρεάζονται οι συναλλαγές μεταξύ των κρατών μελών. Το σχετικά χαμηλό ύψος της ενίσχυσης ή το σχετικά μικρό μέγεθος της αποδέκτης επιχείρησης δεν αποκλείουν εκ των προτέρων το ενδεχόμενο να επηρεασθούν οι συναλλαγές μεταξύ των κρατών μελών⁽³⁾. Υπάρχει σημαντικό ενδοκοινοτικό εμπόριο στον τομέα των δημητριακών. Για τον λόγο αυτό, το παρόν μέτρο ενδέχεται να επηρεάσει τις συναλλαγές μεταξύ των κρατών μελών.

(23) Βάσει των ανωτέρω, προκύπτει ότι όσον αφορά την επιδότηση επιτοκίου, πληρούνται, εκ πρώτης όψεως, όλοι οι όροι του άρθρου 107 παράγραφος 1.

V.1.2. Εγγύηση του Δημοσίου

(24) Με την απόφαση αριθ. 2/88675/0025, το Ελληνικό Δημόσιο αποφάσισε να χορηγήσει στους Συνεταιρισμούς εγγύηση για τα δάνεια που συνήφθησαν με την Αγροτική Τράπεζα. Γενικά, τα κριτήρια του άρθρου 107 παράγραφος 1 της ΣΛΕΕ εφαρμόζονται στις εγγυήσεις. Όπως αναφέρεται στην ανακοίνωση της Επιτροπής για τις εγγυήσεις⁽⁴⁾ (Τμήμα 2.1), οι εγγυήσεις που χορηγούνται απευθείας από το Δημόσιο μπορεί, πράγματι, να αποτελούν κρατική ενίσχυση. Το πλεονέκτημα μιας κρατικής εγγύησης είναι ότι ο κίνδυνος που συνδέεται με την εγγύηση αναλαμβάνεται από το Δημόσιο. Κανονικά, η ανάληψη αυτού του κινδύνου πρέπει να ανταμείβεται με ενδεδειγμένη προμήθεια εγγύησης (Τμήμα 2.2). Όταν το Δημόσιο δεν απαιτεί την καταβολή αυτής της προμήθειας, τότε όχι μόνο παρέχεται πλεονέκτημα στην επιχείρηση στην οποία χορηγείται η κρατική εγγύηση, αλλά δαπανώνται και κρατικοί πόροι. Συνεπώς, η εγγύηση στην περίπτωση αυτή καταβάλλεται από κρατικούς πόρους. Στην ανακοίνωση της Επιτροπής για τις εγγυήσεις διευκρινίζεται επίσης ότι ακόμη και εάν προκύψει ότι δεν έχουν ποτέ πραγματοποιηθεί πληρωμές από το Δημόσιο στο πλαίσιο εγγύησης, μπορεί εντούτοις να πρόκειται για κρατική εγγύηση.

(25) Το πλεονέκτημα που χορηγείται στις ΕΑΣ και, τελικά, στους γεωργούς από την εγγύηση είναι σαφές: όπως αναφέρεται στην ανακοίνωση της Επιτροπής για τις εγγυήσεις, οι δανειολήπτες δεν υποχρεούνται να καταβάλουν την ενδεδειγμένη προμήθεια εγγύησης η οποία κανονικά θα έπρεπε να καταβάλλεται για την ανάληψη του κινδύνου. Επίσης, σε σύγκριση με μια κατάσταση χωρίς εγγύηση, η κρατική εγγύηση παρέχει τη δυνατότητα στους δανειολήπτες να εξασφαλίσουν ευνοϊκότερους όρους χρηματοδότησης για ένα δάνειο από εκείνους που συνήθως ισχύουν στις κεφαλαιαγορές. Στο τμήμα 3.4 της ανακοίνωσης της Επιτροπής για τις εγγυήσεις περιλαμβάνεται κατάλογος όλων των όρων που πρέπει να τηρούνται ώστε να μη θεωρείται κρατική ενίσχυση ένα καθεστώς κρατικής εγγύησης. Είναι σαφές ότι το σχετικό μέτρο δεν τηρεί τους όρους αυτούς. Για παράδειγμα, τουλάχιστον δύο από τους όρους αυτούς φαίνεται ότι δεν τηρούνται στην προκειμένη περίπτωση. Η σχετική εγγύηση δεν καλύπτει το 80 % ή λιγότερο των δανείων και το καθεστώς φαίνεται ότι δεν αποκλείει τους δανειολήπτες που αντιμετωπίζουν οικονομικές δυσκολίες.

(26) Όπως αναφέρεται στο σημείο 21, οι άμεσοι δικαιούχοι της ενίσχυσης αυτής είναι οι συνεταιρισμοί. Ωστόσο, λαμβάνοντας υπόψη ότι στόχος του Δημοσίου με τη χορήγηση των δανείων ήταν η αύξηση του εισοδήματος των ελλήνων γεωργών, με την τεχνητή αύξηση της τιμής πώλησης των δημητριακών από τους παραγωγούς στους συνεταιρισμούς, οι γεωργοί (παραγωγοί) είναι οι έμμεσοι δικαιούχοι της ενίσχυσης. Ο όρος της επιλεκτικότητας τηρείται επίσης, εφόσον οι δικαιούχοι της ενίσχυσης είναι μόνο οι συνεταιρισμοί αυτοί και οι γεωργοί που αγόρασαν ή παρήγαγαν δημητριακά στην Ελλάδα το 2008.

(27) Όσον αφορά τους όρους για τη στρέβλωση του ανταγωνισμού και τις επιπτώσεις στο εμπόριο, ισχύουν όσα αναφέρονται στην παράγραφο 21.

⁽¹⁾ Απόφαση του Δικαστηρίου της 17ης Σεπτεμβρίου 1980 στην υπόθεση 730/79 Philip Morris Holland BV κατά Επιτροπής των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, Συλλογή 1980, σ. 2671.

⁽²⁾ Βλ. ειδικότερα την απόφαση του Δικαστηρίου της 13ης Ιουλίου 1988 στην υπόθεση 102/87 Γαλλική Δημοκρατία κατά Επιτροπής των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, Συλλογή 1988, σ. 4067.

⁽³⁾ Υπόθεση C-280/00, Altmark Trans GmbH, Συλλογή 2003, σ. I-7741, σκέψη 81.

⁽⁴⁾ Ανακοίνωση της Επιτροπής για την εφαρμογή των άρθρων 87 και 88 της συνθήκης ΕΚ στις κρατικές ενισχύσεις με τη μορφή εγγυήσεων (ΕΕ C 155 της 20.6.2008, σ. 1).

- (28) Βάσει των ανωτέρω, προκύπτει ότι όσον αφορά την κρατική εγγύηση για τα δάνεια, τηρούνται, εκ πρώτης όψεως, όλοι οι όροι του άρθρου 107 παράγραφος 1.
- (29) Τέλος, οι ελληνικές αρχές ισχυρίζονται ότι το ενέχυρο που παρέχεται από τις ΕΑΣ στο Δημόσιο δείχνει ότι δεν υπάρχει κρατική ενίσχυση. Ωστόσο, η Επιτροπή αμφιβάλλει εάν ισχύει αυτό για τους ακόλουθους λόγους. Πρώτον, εάν οι συνεταιρισμοί δεν εξοφλήσουν τα δάνεια, επαφίεται στη διακριτική ευχέρεια του Δημοσίου εάν θα κάνει χρήση των δικαιωμάτων που του παρέχονται από τη σύμβαση παροχής ενέχυρου. Δεύτερον, προκύπτει ότι το ενέχυρο δεν διασφαλίζει το πλήρες ποσό του δανείου, διότι η τιμή που καταβλήθηκε από τις ΕΑΣ στους γεωργούς για την αγορά δημητριακών (η οποία θα έπρεπε κανονικά να είναι ίση προς το ποσό του δανείου) είναι υψηλότερη από την τιμή της αγοράς.
- V.2. Συμβατότητα της ενίσχυσης**
- (30) Υπάρχουν εξαιρέσεις στη γενική αρχή του ασυμβίβαστου των κρατικών ενισχύσεων με τη Συνθήκη που προβλέπει το άρθρο 107 παράγραφος 3 στοιχείο γ) της ΣΛΕΕ. Ωστόσο, η Επιτροπή λαμβάνει υπό σημείωση ότι οι ελληνικές αρχές δεν πρόβαλαν κανένα επιχειρήματα προκειμένου να αποδείξουν ότι οι υπό εξέταση ενισχύσεις συμβιβάζονται με την κοινή αγορά. Επιπλέον, ορισμένες από τις εξαιρέσεις που προβλέπονται από τη Συνθήκη προφανώς δεν εφαρμόζονται στην προκειμένη περίπτωση. Ιδίως εκείνες που προβλέπονται στο άρθρο 107 παράγραφος 2, οι οποίες αφορούν ενισχύσεις κοινωνικού χαρακτήρα, ενισχύσεις για την επανόρθωση ζημιών που προκαλούνται από θεομηνίες και ενισχύσεις που συνδέονται με την επανένωση της Γερμανίας.
- (31) Το ίδιο ισχύει για τις απαλλαγές που προβλέπονται στο άρθρο 107 παράγραφος 3 στοιχεία α) και δ) της Συνθήκης, δεδομένου ότι οι επίμαχες ενισχύσεις δεν προορίζονταν ούτε για την προώθηση της οικονομικής ανάπτυξης περιοχών στις οποίες το βιοτικό επίπεδο είναι ασυνήθως χαμηλό ή στις οποίες επικρατεί σοβαρή υποαπασχόληση ούτε για την προώθηση σημαντικών σχεδίων κοινού ευρωπαϊκού ενδιαφέροντος ή για την προώθηση του πολιτισμού και της διατήρησης της πολιτιστικής κληρονομιάς.
- (32) Για τη δικαιολόγηση της χορήγησης της ενίσχυσης, οι ελληνικές αρχές αναφέρονται στην οικονομική κρίση και στην έλλειψη πρόσβασης των συνεταιρισμών στη χρηματοδότηση. Είναι αλήθεια ότι η Επιτροπή, αναγνωρίζοντας τη σοβαρότητα της χρηματοπιστωτικής κρίσης, εξέδωσε το 2009 το καλούμενο "προσωρινό πλαίσιο" ⁽¹⁾, με το οποίο κηρύσσεται συμβιβασίμη με την εσωτερική αγορά η ενίσχυση η οποία στην περίπτωση των παραγωγών του πρωτογενούς τομέα μπορεί να ανέλθει σε 15 000 ευρώ. Η Επιτροπή λαμβάνει υπό σημείωση ότι οι ελληνικές αρχές δεν κοινοποίησαν στην Επιτροπή το σχετικό καθεστώς, όπως απαιτείται από την ανακοίνωση αυτή. Επιπλέον, η Επιτροπή, σε κάθε περίπτωση, αμφιβάλλει αν τα εξεταζόμενα μέτρα πληρούν τους όρους που απαιτούνται στο προσωρινό πλαίσιο ώστε η ενίσχυση αυτή να μπορεί να κριθεί συμβατή διότι, για παράδειγμα, η χορήγηση κρατικής εγγύησης και η επιδότηση επιτοκίου δεν εφαρμόζονται σε ολόκληρο τον γεωργικό τομέα.
- (33) Συνεπώς, η μόνη εφαρμοστέα παρέκκλιση στην προκειμένη περίπτωση είναι αυτή που προβλέπεται στο άρθρο 107 παράγραφος 3 στοιχείο γ) της Συνθήκης, σύμφωνα με την οποία μπορούν να θεωρηθούν ότι συμβιβάζονται με την κοινή αγορά οι ενισχύσεις που προορίζονται για την προώθηση της ανάπτυξης ορισμένων οικονομικών δραστηριοτήτων ή οικονομικών περιοχών, εφόσον δεν αλλοιώνουν τους όρους των συναλλαγών κατά τρόπο που θα αντέκετο προς το κοινό συμφέρον. Προκειμένου να υπαχθούν στην παρέκκλιση αυτή, οι ενισχύσεις πρέπει να είναι συμβατές προς τους κοινοτικούς κανόνες που εφαρμόζονται στις κρατικές ενισχύσεις. Στον τομέα της γεωργίας, οι κανόνες αυτοί καθορίζονται στις κοινοτικές κατευθυντήριες γραμμές για τις κρατικές ενισχύσεις στον τομέα της γεωργίας (εφεξής "γεωργικές κατευθυντήριες γραμμές") ⁽²⁾.
- (34) Σύμφωνα με τα στοιχεία που έχει στη διάθεσή της η Επιτροπή, το εν λόγω μέτρο προοριζόταν να αντιμετωπίσει την κατάσταση που προκλήθηκε από την υπερπαραγωγή δημητριακών στην Ελλάδα κατά το 2008. Ειδικότερα, οι ελληνικές αρχές παραδέχονται στην επιστολή της 19ης Μαρτίου 2010 ότι ένας από τους στόχους του μέτρου ήταν "η διασφάλιση ελάχιστου εισοδήματος για τους παραγωγούς".
- (35) Επιπλέον, εφόσον τα δάνεια των 150 εκατ. ευρώ προορίζονταν για την αγορά από τις ΕΑΣ των δημητριακών των μελών τους (απόφαση αριθ. 8264 της 9ης Δεκεμβρίου 2008), η ενίσχυση φαίνεται ότι χορηγήθηκε με βάση τις παραχθείσες ποσότητες.
- (36) Το είδος της ενίσχυσης που χορήγησε η Ελλάδα δεν προβλέπεται στις γεωργικές κατευθυντήριες γραμμές ούτε από άλλους σχετικούς κοινοτικούς κανόνες, και ούτε οι ελληνικές αρχές ισχυρίστηκαν το αντίθετο. Ως εκ τούτου, προκύπτει ότι η ενίσχυση αυτή αποτελεί ενίσχυση λειτουργίας η οποία προορίζονταν για την αύξηση του εισοδήματος των γεωργών με τεχνητή αύξηση των τιμών των δημητριακών. Τέτοιου είδους παρεμβάσεις απαγορεύονται ρητά από την κοινοτική νομοθεσία περί κρατικών ενισχύσεων.
- (37) Πρέπει να υπενθυμιστεί ότι, όπως έκριναν το Δικαστήριο και το Πρωτοδικείο των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων, οι ενισχύσεις λειτουργίας, δηλαδή οι ενισχύσεις που αποβλέπουν στο να απαλλάξουν μια επιχείρηση από τις δαπάνες στις οποίες θα έπρεπε η ίδια να υποβληθεί στο πλαίσιο της τρέχουσας διαχείρισης των δραστηριοτήτων της, νοθεύουν, καταρχήν, τον ανταγωνισμό στον βαθμό που αφενός, δεν διευκολύνουν την "ανάπτυξη" κανενός οικονομικού τομέα και, αφετέρου, παρέχουν στον δικαιούχο τεχνητή χρηματοδοτική στήριξη η οποία νοθεύει σε διαρκή βάση τον ανταγωνισμό και επηρεάζει το εμπόριο σε βαθμό αντίθετο προς το κοινό συμφέρον.
- (38) Ειδικότερα, οι γεωργικές αγορές στην Ευρωπαϊκή Ένωση ρυθμίζονται με εξαντλητικό τρόπο μέσω κοινών οργανώσεων αγορών (ΚΟΑ). Καθήκον των ΚΟΑ είναι, μεταξύ άλλων, να διασφαλίζουν τον θεμιτό ανταγωνισμό μεταξύ των παραγόντων του οικείου κλάδου εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Τα μέτρα στήριξης της αγοράς όπως αυτά που θέσπισε και χρηματοδότησε η Ελλάδα φαίνεται ότι δεν είναι σύμφωνα με τους στόχους της ΚΟΑ στηρών και ενδέχεται να διαταράξουν σοβαρά τη λειτουργία της.

⁽¹⁾ Προσωρινό πλαίσιο για τη λήψη μέτρων κρατικής ενίσχυσης με σκοπό να στηριχθεί η πρόσβαση στη χρηματοδότηση κατά τη διάρκεια της τρέχουσας χρηματοπιστωτικής και οικονομικής κρίσης, ΕΕ C 83 της 7.4.2009, σ. 1, όπως τροποποιήθηκε με την ανακοίνωση της Επιτροπής, ΕΕ C 261 της 31.10.2009, σ. 2.

⁽²⁾ ΕΕ C 319 της 27.12.2006, σ. 1.

- (39) Όπως υπογράμμισε επανειλημμένως το Δικαστήριο των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων ⁽¹⁾, κάθε παρέμβαση κράτους μέλους στους μηχανισμούς της αγοράς, με εξαίρεση εκείνες που προβλέπονται ρητά από κοινοτικό κανονισμό, μπορεί να προκαλέσει παρεμβάσεις στη λειτουργία των κοινών οργανώσεων αγοράς και να δημιουργήσει αδικαιολόγητα πλεονεκτήματα για ορισμένες οικονομικές ομάδες στην Κοινότητα. Ειδικότερα, στην πιο πρόσφατη νομολογία του ⁽²⁾, το Δικαστήριο των Ευρωπαϊκών Κοινοτήτων υπενθύμισε ακόμη μία φορά ότι, στους τομείς που διέπονται από κοινή οργάνωση των αγορών, και κατά μείζονα λόγο όταν η οργάνωση αυτή στηρίζεται σε κοινό καθεστώς τιμών, τα κράτη μέλη δεν δύνανται πλέον να επεμβαίνουν, με εθνικές διατάξεις που θεσπίζονται μονομερώς, στον μηχανισμό διαμορφώσεως των τιμών ο οποίος διέπεται, στο ίδιο στάδιο παραγωγής, από την κοινή οργάνωση των αγορών.
- (40) Πρέπει να σημειωθεί ότι οι εθνικοί μηχανισμοί ενισχύσεων των τιμών, όπως αυτοί που εξετάζονται στην προκειμένη περίπτωση, θίγουν το κοινό καθεστώς των τιμών και γενικότερα τον σκοπό των μηχανισμών που δημιουργήθηκαν από τους κοινοτικούς κανονισμούς για την κοινή οργάνωση αγορών, ακόμη και όταν αντικείμενό τους είναι η στήριξη του εισοδήματος των γεωργών.
- (41) Τέλος, η Επιτροπή εξέτασε επίσης εάν η ενίσχυση μπορεί να θεωρηθεί συμβατή σύμφωνα με τις κοινοτικές κατευθυντήριες γραμμές όσον αφορά τις κρατικές ενισχύσεις διάσωσης και αναδιάρθρωσης ⁽³⁾. Ωστόσο, ακόμη και αν ο δικαιούχος ήταν κατά τη στιγμή της χορήγησης της ενίσχυσης προβληματική επιχείρηση, κατά την έννοια του τμήματος 2 των εν λόγω κατευθυντήριων γραμμών (πράγμα το οποίο δεν είναι σαφές), οι ελληνικές αρχές δεν παρείχαν καμία ένδειξη ότι στις εξεταζόμενες περιπτώσεις πληρούνται οι πολυάριθμοι όροι των εν λόγω κατευθυντήριων γραμμών, οι οποίοι, ενδεχομένως, να

μπορούν να δικαιολογήσουν τη χορήγηση της ενίσχυσης σε συγκεκριμένο δικαιούχο ως συμβατή με την εσωτερική αγορά.

VI. ΣΥΜΠΕΡΑΣΜΑ

- (42) Λαμβάνοντας υπόψη τις ανωτέρω παρατηρήσεις και ενεργώντας στο πλαίσιο της διαδικασίας που προβλέπεται στο άρθρο 108 παράγραφος 2 της ΣΛΕΕ, η Επιτροπή καλεί την Ελλάδα να υποβάλει τις παρατηρήσεις της και να διαβιβάσει όλες τις πληροφορίες που θα συνέβαλαν στην αξιολόγηση του μέτρου, εντός προθεσμίας ενός μηνός από την παραλαβή της παρούσας επιστολής.
- (43) Καλεί δε τις αρχές της χώρας σας να διαβιβάσουν αμέσως αντιγράφο της παρούσας επιστολής στους δυνητικούς δικαιούχους της ενίσχυσης.
- (44) Η Επιτροπή επιθυμεί να υπενθυμίσει στην Ελλάδα ότι το άρθρο 108 παράγραφος 3 της ΣΛΕΕ έχει ανασταλτικό αποτέλεσμα και εφιστά την προσοχή σας στο άρθρο 14 του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 659/1999 του Συμβουλίου, στον οποίο προβλέπεται ότι όλες οι ενισχύσεις οι οποίες χορηγούνται παράνομα ενδέχεται να ανακτηθούν από τον αποδέκτη.
- (45) Η Επιτροπή προειδοποιεί την Ελλάδα ότι θα ενημερώσει τα ενδιαφερόμενα μέρη, δημοσιεύοντας την παρούσα επιστολή και μια σύντομη περίληψή της στην *Επίσημη Εφημερίδα της Ευρωπαϊκής Ένωσης*. Θα ενημερώσει επίσης τα ενδιαφερόμενα μέρη στις χώρες της ΕΖΕΣ που έχουν υπογράψει τη συμφωνία για τον ΕΟΧ, με δημοσίευση σχετικής ανακοίνωσης στο Συμπλήρωμα ΕΟΧ της *Επίσημης Εφημερίδας της Ευρωπαϊκής Ένωσης*, καθώς και την Εποπτεύουσα Αρχή της ΕΖΕΣ με αποστολή αντιγράφου της παρούσας επιστολής. Όλα τα ενδιαφερόμενα μέρη θα κληθούν να υποβάλουν τις παρατηρήσεις τους εντός ενός μηνός από την ημερομηνία της δημοσίευσής.

⁽¹⁾ Βλέπε, για παράδειγμα, την απόφαση του Δικαστηρίου της 29ης Νοεμβρίου 1978, Redmond (λεγόμενη απόφαση "Pigs Marketing Board") (83/78, Συλλογή 1978, σ. 2347), σκέψη 60.

⁽²⁾ Απόφαση του Δικαστηρίου της 26ης Μαΐου 2005, Kuipers (C-283/03, Συλλογή 2005, σ. I-3761), σκέψεις 42, 49 και 53.

⁽³⁾ Ανακοίνωση της Επιτροπής, Κοινοτικές κατευθυντήριες γραμμές όσον αφορά τις κρατικές ενισχύσεις για τη διάσωση και την αναδιάρθρωση προβληματικών επιχειρήσεων, ΕΕ C 244 της 1.10.2004, σ. 2.

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**(Sache COMP/M.6106 — Caterpillar/MWM)****(Text von Bedeutung für den EWR)**

(2011/C 90/10)

1. Am 14. März 2011 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das Unternehmen Caterpillar Inc. („Caterpillar“, USA) erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung durch Erwerb von Anteilen die indirekte alleinige Kontrolle über das Unternehmen MWM Holdings GmbH („MWM“, Deutschland). Der Zusammenschluss wurde nach Artikel 22 Absatz 3 der Fusionskontrollverordnung vom deutschen Bundeskartellamt an die Europäische Kommission verwiesen. Österreich und die Slowakei haben sich dieser Verweisung angeschlossen.
2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:
 - Caterpillar: Herstellung und Vertrieb von Maschinen und Motoren, einschließlich Kolbenmotoren, sowie Angebot von Finanzprodukten,
 - MWM: Holdinggesellschaft, die die MWM GmbH allein kontrolliert. Die MWM GmbH bietet zusammen mit ihren Tochtergesellschaften Produkte, Dienstleistungen und Technologien zur dezentralen Energieversorgung durch Kolbenmotoren an.
3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die EG-Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.
4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach Veröffentlichung dieser Anmeldung eingehen. Sie können der Kommission unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.6106 — Caterpillar/MWM per Fax (+32 22964301), per E-Mail (COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu) oder per Post an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
J-70
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

(1) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 (nachstehend „EG-Fusionskontrollverordnung“ genannt).

Abonnementpreise 2011 (ohne MwSt., einschl. Portokosten für Normalversand)

Amtsblatt der EU, Reihen L + C, nur Papierausgabe	22 EU-Amtssprachen	1 100 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, Papierausgabe + jährliche DVD	22 EU-Amtssprachen	1 200 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe L, nur Papierausgabe	22 EU-Amtssprachen	770 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihen L + C, monatliche (kumulative) DVD	22 EU-Amtssprachen	400 EUR pro Jahr
Supplement zum Amtsblatt (Reihe S), öffentliche Aufträge und Ausschreibungen, DVD, 1 Ausgabe pro Woche	Mehrsprachig: 23 EU-Amtssprachen	300 EUR pro Jahr
Amtsblatt der EU, Reihe C — Auswahlverfahren	Sprache(n) gemäß Auswahlverfahren	50 EUR pro Jahr

Das *Amtsblatt der Europäischen Union*, das in allen EU-Amtssprachen erscheint, kann in 22 Sprachfassungen abonniert werden. Es umfasst die Reihen L (Rechtsvorschriften) und C (Mitteilungen und Bekanntmachungen).

Ein Abonnement gilt jeweils für eine Sprachfassung.

In Übereinstimmung mit der Verordnung (EG) Nr. 920/2005 des Rates, veröffentlicht im Amtsblatt L 156 vom 18. Juni 2005, die besagt, dass die Organe der Europäischen Union ausnahmsweise und vorübergehend von der Verpflichtung entbunden sind, alle Rechtsakte in irischer Sprache abzufassen und zu veröffentlichen, werden die Amtsblätter in irischer Sprache getrennt verkauft.

Das Abonnement des Supplements zum Amtsblatt (Reihe S — Bekanntmachungen öffentlicher Aufträge) umfasst alle Ausgaben in den 23 Amtssprachen auf einer einzigen mehrsprachigen DVD.

Das Abonnement des *Amtsblatts der Europäischen Union* berechtigt auf einfache Anfrage hin zu dem Bezug der verschiedenen Anhänge des Amtsblatts. Die Abonnenten werden durch einen im Amtsblatt veröffentlichten „Hinweis für den Leser“ über das Erscheinen der Anhänge informiert.

Verkauf und Abonnements

Abonnements von Periodika unterschiedlicher Preisgruppen, darunter auch Abonnements des *Amtsblatts der Europäischen Union*, können über die Vertriebsstellen bezogen werden. Die Liste der Vertriebsstellen findet sich im Internet unter:

http://publications.europa.eu/others/agents/index_de.htm

EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu>) bietet einen direkten und kostenlosen Zugang zum EU-Recht. Die Site ermöglicht die Abfrage des *Amtsblatts der Europäischen Union* und enthält darüber hinaus die Rubriken Verträge, Gesetzgebung, Rechtsprechung und Vorschläge für Rechtsakte.

Weitere Informationen über die Europäische Union finden Sie unter: <http://europa.eu>

